

Sicherheitsbedenken

Bundesregierung untersagt Blackberry und iPhone

Bitte nicht dieses Handy: Das Innenministerium empfiehlt Regierungsmitarbeitern, weder Blackberry noch iPhone zu nutzen. Sie gefährdeten erheblich die Regierunqsnetze, schreibt ein Staatssekretär. Nur ein einziges mobiles Gerät könne empfohlen werden.



Die abgeschottete Kommunikation via Blackberry ist vielen Regierungen und Geheimdiensten ein Dorn im Auge

05. August 2010 Die Bundesregierung hat sich aus Sicherheitsgründen entschieden, Blackberry-Geräten nicht zu nutzen. Das Bundesinnenministerium hat den anderen Ressorts schon im November des vergangenen Jahres in einem Schreiben empfohlen, sowohl auf Blackberrys als auch auf iPhones zu verzichten. Hintergrund ist die zunehmende Zahl von Angriffen auf die elektronischen Informations- und Kommunikationsnetze. „Insbesondere mobile Geräte stellen dabei ein erhebliches Gefährdungspotential für IT-Infrastrukturen und Regierunqsnetze dar“, heißt es. Das Schreiben hat der damalige Staatssekretär Hans Bernhard Beus verfasst. Beus ist seit Februar Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Das Netz der Bundesverwaltung sei zwar eines der sichersten Regierunqsnetze weltweit, schreibt er. Damit dies so bleibe, sollten die Ministerien aber unbedingt den Empfehlungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) folgen. Bei den sogenannten Smartphones (PDA), mit denen auch Daten verschickt werden können, werde vom BSI nur ein einziges Gerät empfohlen: das „Simko 2“ der Telekom-Großkundensparte T-Systems. „Andere PDAs wie beispielsweise Blackberry oder iPhone erfüllen derzeit nicht die notwendigen Sicherheitsanforderungen und können nicht zum Einsatz kommen.“

EU-Kommission gegen Blackberrys

Damit geht die Bundesregierung weiter als etwa die EU-Kommission. Diese hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass sie sich für ihre 32.000 Mitarbeiter zwar gegen die Nutzung von Blackberrys ausgesprochen habe, aber die Nutzung von iPhones der Firma Apple erlaubt. Das BSI bestätigte am Mittwoch, dass es weiter schwerwiegende Sicherheitsbedenken gegen den Sicherheitsstandard bei dem Apple-Produkt habe.



Wegen der starken Ressortunabhängigkeit in der Bundesregierung kann das Innenministerium anderen Ministerien nur Vorschläge, aber keine Vorschriften machen. Das Kanzleramt sowie das Außen- und Innenministerium bestätigten jedoch auf Nachfrage, dass sie ihren Mitarbeitern tatsächlich zumindest die Nutzung von Blackberrys untersagt haben. Um den Ministerien den Einsatz sicherer Smartphones schmackhaft zu machen, stattet das Innenministerium die anderen Ressorts mit 4000 Simko-Geräten aus. T-Systems hat auf Basis von HTC-Smartphones mit Microsofts Windows Mobile ein mobiles Gerät mit der Lösung Simko 2 - „Sicherheit mobile Kommunikation“ - entwickelt.

Blackberry-Hersteller will E-Mails abschotten

Zum Thema

- ▶ Blackberry schottet E-Mails ab
- ▶ Saudi-Arabien will Blackberry einschränken
- ▶ Shoppende Ölscheichs: Arabische Wochen in München
- ▶ Feine Apps und herbe Enttäuschungen
- ▶ iPad im Senioren-Test: „Und um das Ding haben die sich gekloppt?“

Der Grund für die Sicherheitsempfehlung ist nicht nur die Sorge vor immer mehr Attacken mit politischem, kriminellen oder wirtschaftlichen Hintergrund. So werden in europäischen Regierungen immer wieder Bedenken geäußert, weil beim Blackberry-Hersteller RIM alle Datenströme über Rechenzentren in Kanada und Großbritannien laufen. Manche meinen, dass die dortigen Regierungen sowie die Vereinigten Staaten Zugriff auf die Daten haben.

Der Blackberry-Hersteller Research in Motion (RIM) sagt dagegen, dass er Regierungen oder Geheimdiensten keinen Einblick in den E-Mail-Verkehr seiner Kunden gewähre. „Wir dementieren die Meldung, dass wir der

indischen oder anderen Regierungen Einblicke in die Kommunikation unserer Kunden geben“, sagte ein Sprecher des Unternehmens kürzlich der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (siehe [Blackberry schottet E-Mails ab](#)).

Geheimhaltungstufe „Nur für den Dienstgebrauch“

Zudem werden im Verwaltungsalltag in Deutschland immer mehr Unterlagen auch mit Vertraulichkeitsstufen elektronisch verarbeitet. So können etwa Dokumente mit der untersten Geheimhaltungsstufe „Nur für den Dienstgebrauch“ ohne größeren Aufwand per Email elektronisch verschickt und bearbeitet werden. Umso mehr achten die Sicherheitsexperten in den Behörden aber darauf, dass keine Unbefugten an die sensiblen Daten gelangen können. Nach der sogenannten Verschlussachen-Anweisung dürfen entsprechende Dokumente deshalb nur von sicheren, beim BSI zugelassenen Smartphones verschickt werden.

Die wachsende Sicherheitsanforderungen richten sich übrigens nicht nur an die PDAs und die Datenübertragung. Auch im Bereich der Mobiltelefone warnt das BSI vor Sicherheitsrisiken in der Bundesverwaltung. So hat es nur die Zulassung für zwei Geräte erteilt, deren Einsatz es empfiehlt: Dies sind das Telefon Secuvoice der Firma Secusmart und TopSec Mobile des Unternehmens Rhode & Schwarz SIT.

Text: FAZ.NET / Reuters
Bildmaterial: AFP, reuters

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

► Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Wären Ihre Kunden enttäuscht, wenn Ihr Unternehmen morgen für immer von der Bildfläche verschwände? Die Expertin für Kundenloyalität fühlt in ihrem neuen Buch Unternehmern auf den Zahn. Mehr ...